



EURO-PROF

*European Association for higher educated Professionals
Europäischer Verband für höher qualifizierte Berufe
Association Européenne des Professions Supérieures*

Jahresbericht 2018/19

Von 18. bis 20. April 2018 fanden in Nürnberg Vorstandssitzung und Generalversammlung 2018 statt. Die Protokolle darüber sind allen Mitgliedern zugegangen. Erstes Hauptthema dieser Gesprächsrunde war der Bericht über das eingereichte Projekt Industrie 4.0 und die Umstände der mangelnden Information der Teilnehmer über Art und Umfang ihrer Aufgaben im Rahmen des Projekts. Auch die sehr knapp bemessene Budgetzuteilung sowie die mögliche Bedeckung der Mobilitäten wurden ausführlich diskutiert. W. Hill versprach zu versuchen, von Prof. Grimm und der Nationalagentur genauere Informationen zu beschaffen.

Der nächste, wichtige Punkt war der Bericht von U. Keller und J. Wiedlack über den Verlauf des Projekts AdA mit Indonesien im Spätherbst 2017, das über die Organisation SITECO in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für berufliche Weiterbildung (ZBW) St. Gallen (Schweiz), und der HTL St. Pölten die Lehrerausbildung von indonesischen Trainern für Polytechnikums und Technical Colleges in Indonesien nach dem Vorbild der dualen Berufsbildung der deutschsprachigen Länder abwickeln sollte. An beiden Standorten waren sowohl Teilnehmer als auch Instrukoren sehr zufrieden mit Verlauf und Ergebnissen der Kurse. Die Haupteinfahrung war, dass für die Abhaltung eventueller zukünftiger Kurse rechtzeitige Genehmigung, Terminisierung und Bezahlung unbedingt erforderlich sind. U. Keller berichtete, dass man beim indonesischen Ministry of Education an einer Fortsetzung interessiert sei, es aber noch keine konkreten Zusagen gäbe. Die weitere Strategie bezüglich dieser Kurse wurde ausführlich besprochen.

In der Folge berichteten die Mitglieder über die Aktivitäten in den einzelnen Ländern.

U. Keller referierte über die Situation der Höheren Fachschulen und der KHF in der Schweiz sowie über geplante Aktivitäten in Indonesien.

W. Hill berichtete über die Situation der Fachschulen für Technik in DE und über den BAK und dessen Mitgliedertreffen in Tettngang.

J. Wiedlack referierte über die Umsetzung des neuen Ingenieurgesetzes in Österreich und die Aufwertung, welche die Betroffenen durch die Verankerung im EQR/NQR erfahren.

Die Jahresrechnung wurde einstimmig angenommen, der Umstand, dass die Zahlung für 2017 aus der Schweiz (KHF) verspätet war, wurde besprochen.

Die Bilanz ist positiv, weitere Sparsamkeit ist zu verfolgen. Die Mitgliedsbeiträge sollen gleich behalten werden, J. Wiedlack wurde als Kassier einstimmig entlastet. Auch der Transfer des Kontos an die Sparkasse NÖ Mitte-West AG in St. Pölten wurde noch einmal erläutert und im Laufe des Jahres definitiv abgeschlossen.

Der Vorstand hat wiederum ihre Ziele und Strategie umfassend diskutiert und sich mit der Zukunft eingehend auseinandergesetzt. Es darf hier erwähnt werden, dass Euro-Prof die einzige gemeinnützige Institution ist, die in Europa die Interessen der nicht-universitären höheren Berufsbildung auf dem EQF-Level 5 und 6 (Higher dVET) fachbereichsübergreifend vertritt. Schwerpunkte waren die „Türöffnung“ für die höhere Berufsbildung in Brüssel und/oder Straßburg sowie die Sicherstellung der Nachfolgeschafft. Es muss sichergestellt werden, dass

bei allen Mitgliedsländern die Nachfolger für die abtretenden Vorstandsmitglieder rechtzeitig bestimmt und eingeführt werden.

Euro-Prof hat auch im Berichtsjahr immer wieder versucht, aufgrund ihrer Strategie die Member of European Parliament MEP v.a. in Österreich und Deutschland für die EU- weite Anliegen der höheren Berufsbildung zu gewinnen. Erste Kontaktaufnahmen mit den neuen MEPs sind erfolgt, aber die geplanten Treffen in Brüssel oder Strassburg haben noch nicht stattgefunden. Ohne substantielle Unterstützung von den MEPs ist es schwierig, die hochgesetzten Ziele von Euro-Prof zu erreichen.

Nachdem die bisherigen Versuche, EU-Abgeordnete für EURO-PROF zu interessieren, nicht erfolgreich waren, soll in Zukunft zusätzlich versucht werden, in den einzelnen Ländern Vertreter der Industrie und Interessensverbände zu kontaktieren, um gemeinsam EU-weit für die höhere Berufsbildung einzutreten. Das nächste Treffen in Steyr soll dafür genutzt werden.

Österreich:

Die Umsetzung des Ingenieurgesetzes in die Praxis läuft sehr gut, die Zertifizierungsstellen berichten über lebhaftes Interesse und überwiegend positive Ergebnisse der Verfahren. Für die höheren Schulen der Berufsbildung, namentlich die HTLs, war das Jahr gekennzeichnet durch die neue Situation, welche die administrativen Umstellungen in der Schulverwaltung geschaffen hat. Die Einrichtung von Bildungsdirektionen in den Bundesländern mit nachgeordneten Bildungsregionen und eine neu geschaffene Linienstruktur, welche gemeinsam sowohl alle Stufen der Allgemein- und Berufsbildung bedienen soll, lässt derzeit viele Fragen nach kompetenten Ansprechpartnern in der Verwaltungshierarchie offen. Nachdem die Landeschulinspektoren, welche als pädagogische Vorgesetzte aus dem Fachbereich kamen, abgeschafft wurden, suchen die Schulleitungen momentan verzweifelt nach kompetenten Ansprechpartnern, um die lokalen Probleme zu lösen und zwischen den Standorten und den Abteilungen im Ministerium zu vermitteln. Es wird wohl wieder einmal der Hilfe der Interessensvertretungen aus Industrie und Wirtschaft bedürfen, um zu verhindern, dass den HTLs und den anderen mittleren und höheren berufsbildenden Schulen kein Schaden erwächst. In der Öffentlichkeit genießen diese Schulen zwar hohes Ansehen, allerdings wird derzeit durch eine bundesweite Lehrlingsoffensive, die mit gewaltigem Aufwand betrieben wird, der Fokus nicht unbedingt auf die höhere Berufsbildung gerichtet. Man trachtet auch von Seiten der Bundes- und Landespolitik, den Lehrlingsmangel zu beseitigen und malt die Berufsaussichten der Lehrlinge in leuchtenden Farben. Dabei wird auf die höhere Berufsbildung nur ansatzweise hingewiesen, während den Fachhochschulen breiterer Raum gegeben wird. Dass die Betriebe gierig nach jedem HTL-Absolventen greifen, weil ihnen auch der Ingenieur Nachwuchs fehlt, liest man in den Medien derzeit kaum. Hier helfen momentan nur der direkte Kontakt der Schulen zu den Abnehmern der Absolventinnen und Absolventen und die Werbung um Studierende vor Ort und im Einzugsbereich.

Johann Wiedlack

2019-02-01

Schweiz:

Das Jahr 2018 stand im Zeichen eines Umbruches der Höheren Fachschulen.

Die Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen konnte 2017 ihr 10-jähriges Bestehen feiern. Dieser Moment des Rückblicks und des Ausblicks hat einen Prozess der Neuorientierung und Neustrukturierung ausgelöst.

Die Höheren Fachschulen sollen weiter gestärkt und attraktiver werden. Zudem soll die Qualität der HF Ausbildung auf hohem Niveau gesichert werden. Zur Verstärkung der Position der Höheren Fachschulen HF in der schweizerischen Bildungslandschaft und der Anerkennung des hochqualifizierten und arbeitsmarktnahen Bildungsauftrages wurde eine Motion auf nationaler Ebene eingereicht. Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, das System der Höheren Fachschulen im Hinblick auf die Positionierung der Schulen zu überprüfen und entsprechende Anpassungen vorzunehmen sowie entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Die Konferenz HF will sich verstärkt in die bildungspolitischen Themen der Höheren Fachschulen einbringen. Die Konferenz Höhere Fachschulen erhält dazu neue Statuten und der Vorstand wurde erneuert, verkleinert und agiler gemacht. Zudem wurden neue Vereinsstrukturen sowie die neuen Statuten verabschiedet und ein neuer Vorstand gewählt. Um möglichst optimal für die bildungspolitischen Aufgaben organisiert zu sein, wird der Vorstand aus den fünf Fachbereichen HF, je einer Arbeitgeber- und einer Arbeitnehmervertretung, einer Vertretung aus der Politik sowie einer Vertretung von einer Unternehmung aus Industrie oder Wirtschaft gebildet.

Im Weiteren wurden die rechtlichen Grundlagen verändert. In der Mindestverordnung MiVo (Inkraftsetzung 1. November 2017) sind die Teilbereiche nicht mehr aufgeführt. Entsprechend wurde die Begrifflichkeit der Teilkonferenzen angepasst. Neu wird der Begriff «Fachkonferenz HF-Technik» verwendet. Die Fachkonferenzen sind neu die eigentlichen Bildungspartner im Bildungsverbund und vertreten die verschiedenen Bildungsinstitutionen (Schulen) in ihrem Bereich.

Auch die Fachkonferenz HF-Technik muss den neuen Gegebenheiten angepasst und entsprechend neu strukturiert werden. Auswirkungen zeigen sich einerseits in der Aufbauorganisation und andererseits im Verantwortungsbereich bezüglich des Rahmenlehrplans Technik. Die Überarbeitung des RLP Technik wird in der Verbundpartnerschaft zusammen mit den Organisationen der Arbeitswelt vollzogen. Die Organisationen der Arbeitswelt und die Bildungsanbieter bilden gemeinsam die Trägerschaft der Rahmenlehrpläne.

Die Finanzierung der Fachkonferenz HF-Technik inkl. der Finanzierung für die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne wurde ebenfalls neu geregelt.

Die Stoßrichtung der Neuerungen ist, dass sich die Konferenz HF vermehrt auf die Vertretung der bildungspolitischen Anliegen und Interessen der Höheren Fachschulen konzentrieren wird. Vor allem die Positionierung der Bildungsgänge und Abschlüsse der Höheren Fachschulen in nationalen und internationalen Zusammenhängen steht zurzeit im Zentrum der Anstrengungen.

Die Höheren Fachschulen sind mit ihrem eigenständigen, praxisorientierten Profil wichtige Player im Schweizer Bildungssystem. Mit ihrer Positionierung bieten sie große Nähe zur Praxis sowie Kenntnisse, die in der Berufswelt sehr gefragt sind. Institutionen der höheren Berufsbildung schulen, die die auf dem Arbeitsmarkt begehrten, handlungsorientierten Fach- und Führungskräfte ausbilden. Sie leisten damit einen bedeutenden Beitrag zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

Die Höheren Fachschulen sind eindeutig positioniert. Die Nähe zur Praxis und die Vertiefung des beruflichen Fachwissens stehen im Vordergrund. Im Vergleich zu den Hochschulen sind die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen stark auf die Berufswelt ausgerichtet. Die praktischen und theoretischen Lerninhalte sind kompetenzorientiert und am Arbeitsplatz unmittelbar einsetzbar.

Bei den EU-Projekten ist die Schweiz bis auf weiteres im Bereich ERASMUS-plus ausgeschlossen. Obwohl der Präsident ein Mitinitiator des neuen EU-Projektes NetKom4.0 ist und dank seinen guten internationalen Kontakten u.a. Portugal zur Mitarbeit gewonnen hat, kann er als Schweizer offiziell nicht teilnehmen. Nur dank den Initiativen und außerordentlichen Unterstützungen v.a. seitens Deutschland und Österreich wurde der Präsident ebenfalls zum Kick-off in Flensburg eingeladen und wird somit im NetKom4.0 Projekt miteinbezogen.

Urs Keller

2019-02-07

Deutschland:

Formal sind die Fachschulen in Deutschland, wie sie in allen Bundesländern nach den länderspezifischen Schulgesetzen -egal, ob privat oder staatlich -nach wie vor offiziell heißen, seit Jahren dem DQR/EQF Level 6 zugeordnet. Inhaltlich kann hier für D wiederholt werden, was Urs Keller aus der Schweiz von den dortigen Höheren Fachschulen berichtet hat (s.o.) In der praktischen Umsetzung in Richtung gesellschaftlicher Anerkennung sind die Fachschulen in D aber weit von dem entfernt, was sich allgemein von dieser Einstufung versprochen wurde. Da besteht Deutschland bundesweit bildungspolitisch aus einem Flickenteppich und jedes Bundesland macht an sich, die Bezeichnungen betreffend, was es will. Da wird weder in Augenhöhe mit den akademischen Bildungsgängen von Studierenden noch von Studium und Semestern gesprochen und leider weiter in den meisten Bundesländern von Schülern, Schuljahren und Schulen, ganz zu schweigen von Fachakademien für Technik bzw. Technikakademien. Auch hier gilt, dass Sprache verräterisch ist. So kann in Deutschland trotz vielfältigen Schaufensterreden der Politik die Attraktivität der beruflichen Bildung nicht gesteigert werden und berufliche Bildung gegenüber der akademischen wird weiter diskriminiert. In Folge braucht man sich dann nicht wundern, dass viele Eltern ihre Kindern zu höheren allgemeinen Bildungsabschlüssen drängen mit der Konsequenz, dass zunehmend bis zu 30 % der Studierenden an Hochschulen und Universitäten ihr Studium schon in den ersten Semestern vorzeitig ohne irgendwelche Abschlüsse beenden. Ein volkswirtschaftlicher und bildungspolitischer Skandal.

Derzeit bin ich in drei Bundesländern wg. dem BAK und seinen/unseren Forderungen aktiv: Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen. Leider muss ich feststellen, dass wenig von unseren Forderungen da in den Ministerien angekommen ist. Woran mag das liegen? Unsere BAK Forderungen können nicht „zentral“ gesteuert in die Köpfe der Entscheider eingebracht werden. Da hilft nur viel Geduld und Durchhaltewille „dezentral“ vor Ort und da beginnt das Problem.

Hauptproblem des BAK: wir sind weder Tarifpartner noch Verhandlungspartner in berufspädagogischen Gremien; im Prinzip nach wie vor ein zahnloser Tiger; aus diesem Grund müsste die Arbeit zu den Parteien intensiviert bzw. dezentral ausgebaut werden, ferner die Kontaktpflege zu den Gewerkschaften und Verbänden bzw. Unternehmen.

Neuester „Hit“ aus dem Bundesbildungsministerium (BMBF) in Berlin ist der seit Ende 2018 in der Öffentlichkeit grassierende sogenannte Referentenentwurf zur angeblichen

Mobilitätssteigerung (Berufsbildungsmobilitätsgesetz –BBiMoG), in dem, u.a. vom Handwerk gepuscht, der sogenannte „Berufsbachelor“ und „Berufsmaster“ gefordert wird. Kopie eingefügt:

Bearbeitungsstand: 18.12.2018 10:40 Uhr

Referentenentwurf

des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung

Berufsbildungsmodernisierungsgesetz (BBiMoG)

A. Problem und Ziel

Mit diesem Gesetzesentwurf verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die duale berufliche Bildung in Deutschland zu modernisieren und zu stärken.

Die berufliche Bildung muss sich in Deutschland heute mehr denn je als attraktives Angebot für junge Menschen präsentieren, die häufig die Wahl zwischen einer Berufsausbildung und einem Studium haben. Vorrangiges Ziel der Novelle ist daher die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der dualen beruflichen Bildung bei potentiellen Auszubildenden und Betrieben gleichermaßen. War eine duale Berufsausbildung über Jahrzehnte die häufigste Qualifizierungswahl, so haben hochschulische Angebote sie mittlerweile überholt. Dieser Trend führt neben der allgemeinen demographischen Entwicklung zu einem sich weiter verstärkenden Mangel an beruflich qualifizierten Fachkräften. Eine attraktive berufliche Bildung ist daher auch volkswirtschaftlich unverzichtbar zur Sicherung der zukünftigen Fachkräftebasis.

2. Zur Stärkung der höherqualifizierenden Berufsbildung werden die in der Ordnungspraxis des Bundes bereits entwickelten und vom Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) empfohlenen drei beruflichen Fortbildungsstufen unmittelbar im BBiG verankert. Diese Stufen werden bei bundesweiter Anerkennung eines Abschlusses durch Rechtsverordnung nach dem BBiG oder der Handwerksordnung (HwO) mit den einheitlichen und eigenständigen Abschlussbezeichnungen „Geprüfter/te Berufsspezialist/in“, „Berufsbachelor“ und „Berufsmaster“ versehen. Um eine missbräuchliche Führung dieser Abschlussbezeichnungen zu verhindern, wird ein dem Titelschutz bei hochschulischen Abschlüssen vergleichbarer Schutz implementiert. Etablierte Marken wie der „Meister“ können durch den Ordnungsgeber mit den einheitlichen Abschlussbezeichnungen verbunden werden und werden so ebenfalls gestärkt.

Entsprechende Unruhe mit vielen Gegenstellungnahmen war die Folge, so auch wir vom BAK, ein ganz heißes aktuelles Eisen:

Gemeinsame Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaften für Elektro-, Informations-, Metall- und Fahrzeugtechnik e. V. und der Arbeitsgemeinschaft Gewerblich-technische Wissenschaften und ihre Didaktiken gtw zum BBiMoG-Entwurf, §§ 53a-53d v.18.12.2018



Bundesarbeitskreis
Fachschule für Technik

die BAG als bundesweite Gemeinschaft von Akteuren der Berufsbildung sowie die gtw als Arbeitsgemeinschaft von Hochschulvertretern gewerblich-technischer Wissenschaften und ihrer Didaktiken begrüßen generell zielführende Maßnahmen zur Modernisierung und Stärkung der dualen beruflichen Bildung in Deutschland. Gerade die berufliche Weiterbildung ist außerordentlich bedeutsam für die Attraktivität der Berufsbildung und sie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die gesellschaftlichen Herausforderungen, die vor uns liegen, wie die nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung.

Auszüge der gemeinsamen Stellungnahme:

(...)

Deutscher Qualifikationsrahmen

Berufliche Abschlüsse sind immer eingebettet in die europäische Durchlässigkeitslandschaft.

Mit einer beruflichen Aufstiegsfortbildung verbundene Kompetenzen sind ausführlich im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) beschrieben. Die Stufen des Kompetenzerwerbs sind bereits Gegenstand bei der Einordnung der bisherigen Weiterbildungsstufen in diesen Rahmen gewesen. Neben den fachlichen Aspekten ist von erheblicher Bedeutung, dass es zu einer substanziellen Vertiefung und Erweiterung von Kompetenzen kommt, die sich u. a. auch in der Qualität des Weiterbildungsangebots widerspiegeln muss.

So ist die Zuordnung einer Weiterbildung zur Stufe 5 des DQR mit einem Umfang von 400 Std. angemessen, da es sich lediglich um eine fachliche Vertiefung handelt, bei der als untere Grenze der „sehr gute“ Geselle bzw. Facharbeiter gelten kann, ergänzt um fachliche und kommunikative Kompetenzen.

Der DQR stellt die Gleichwertigkeit von Bachelor und Meister mit ihrem schwer vergleichbaren *Workload* auf dem Niveau 6 fest und beschreibt bereits die unterschiedlichen Profile von Meister und akademischem Bachelor in hinreichendem Maße.

Der „Berufsmaster“ – so der BBiMoG-Entwurf – soll Stufe 7 des DQR entsprechen. Es werden weitere 1.200 Stunden angesetzt. Das bedeutet, dass der „Berufsmaster“ insgesamt 2.400 Unterrichtsstunden Weiterbildung erfahren haben wird zuzüglich einer mind. einjährigen Praxis nach Abschluss der Erstausbildung. Diese Annahme entspricht aber exakt dem *Workload* der bestehenden Weiterbildung „Staatl. gepr. Techniker:in“, die bisher aber nur in der Stufe 6 des DQR eingeordnet ist.

Der „Berufsmaster“ wäre in diesem Falle der höchste Level, der über eine berufliche Weiterbildung erreicht werden kann und müsste von allen Weiterbildungseinrichtungen der beruflichen Bildung angeboten werden (können). Die berufliche Ausrichtung sollte dabei oberste Zielsetzung sein.

Die Bezeichnung „Berufsmaster“ ist dafür nicht sinnvoll, weil damit das berufliche Profil nicht deutlich gemacht wird, ein Master-Niveau im akademischen Sinne nicht erreicht wird, aber akademisches Niveau signalisiert wird.

Legt man die tatsächlichen beruflichen Voraussetzungen und Weiterbildungsinhalte zum/zur Staatl. gepr. Techniker:in zugrunde, wird man schnell feststellen, dass diese deutlich über die der traditionellen Meisterprüfung zugrundeliegenden Inhalte hinausgehen. Es wäre daher aus unserer Sicht sinnvoll, auf dieser Ebene den „Schulterschluss“ mit dem staatlichen System der Weiterbildung zu suchen, indem man die DQR-Stufe 7 als Weiterbildungsgang konstruiert, der allen Personen mit beruflichem Hintergrund (ob Techniker:in oder Meister:in) erlaubt, das Niveau 7 zu erreichen – bei eindeutiger Dominanz der Beruflichkeit. Wenn ein solcher Weiterbildungsgang ins BBiMoG aufgenommen wird, muss er auch den Weiterbildungsgang Staatl. gepr. Techniker:in enthalten. Als Abschlussbezeichnung empfehlen wir für alle Zielgruppen den Titel „Master für Praxis/Master of Practice“.

Wir empfehlen dringend, die §§ 53a bis 53d vor dem Hintergrund der europäischen Regeln (EQF/DQR) zu überarbeiten und insbesondere die Berufsbezeichnungen in der Weise zu ändern, dass sie bestehende Qualitäten widerspiegeln. Unser Vorschlag lautet:

1. Systemspezialist:in
2. Meister:in, Staatl. gepr. Techniker:in
3. Master für Praxis/Master of Practice

Ansonsten verzeichnen in Deutschland alle Fachschulen einen deutlichen Rückgang der Studierendenzahlen. Neben dem demographischen Wandel (weniger Erstausbildung, keine Weiterbildung) wird die weiter boomende Wirtschaft in D als Hauptursache gesehen, da die Weiterbildung oft eher in schlechten wirtschaftlichen Jahren angenommen wird, eine Erfahrung aus der Vergangenheit.

Seit Jahren wurden von deutschen Fachschulen nach Abschluss Studierende nach Wrexham in Wales zum weiteren verdichteten Studium zum Bachelor of Engineering geschickt. Ein Erfolgsmodell, was in D an deutschen Fachhochschulen so nicht möglich war. Leider hat nun auch hier der Brexit zugeschlagen, so dass wir aus deutscher Sicht das Studium aus finanziellen Gründen nicht mehr dort empfehlen können. Eine Alternative hat sich in Bolton eröffnet, da man dort diesem Modell finanziell offener gegenüber steht.

Zweimal im Jahr tagt der BAK bundesweit an verschiedenen Orten in D. In Bremen im Herbst 2018 war der Brexit u.a. Thema, sowie die Fortsetzung der Tagung in Tettnang im Frühjahr 2018 (siehe letzter Jahresbericht) wg. der Herausforderung von Industrie 4.0 auch bei Fachschulen.

Der BAK ist indirekt mit zwei Fachschulen aus Deutschland an dem im Januar 2019 in Flensburg gestarteten Erasmus Projekt, koordiniert über die Uni Flensburg (Institut biat), zu „Netzkompetenz in der digitaler Arbeitswelt 4.0“ beteiligt. Es sind die Fachschule in Flensburg und die Grundig Akademie Nürnberg. Leider gab es bei der Besetzung der Teilnehmer/innen, nicht wie ursprünglich geplant, Schwierigkeiten, siehe auch Bericht von Urs Keller. Hier kamen mehrere Faktoren zusammen, so dass der ursprüngliche Plan, obwohl von Euro-Prof angeregt, Urs Keller nicht offiziell als Präsident von Euro- Prof teilnehmen konnte bzw. kann. Nicht nur aus deutscher Sicht bedauern wir außerordentlich diese Entwicklung. Über kreative Lösungen wird versucht, Urs Keller die weitere Teilnahme finanziell zu sichern. Das nächste Treffen findet im Juni 2019 in Vilnius (Litauen) statt.

Nach der letzten Euro- Prof Jahrestagung in Nürnberg im April 2018 wurde über das Büro Dr. Bullmann (MdEP für die SPD) als Alternative zu Dr. Rübiger (MdEP für die EVP) aktuell Kontakt mit der u.a. für berufliche Bildung in Europa Zuständigen, Frau Petra Kammerevert, MdEP, Diplom-Sozialwissenschaftlerin aufgenommen. Seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD) - Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D) • Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung (der Ausschuss ist neben den Bereichen Kultur und Bildung auch für Informations-, Medien, Jugend- und Sportpolitik zuständig), hier Sprecherin der S&D-Abgeordneten • Mitglied der Delegation für den Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss EU-Montenegro • Stellv. Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres Arbeitsschwerpunkte Medien, Kultur, Jugend und Sport.

Vereinbart wurde mit dem Büro nun, dass für die nächste Jahrestagung von Euro-Prof in Steyr im April 2019 eine entsprechende Kontaktperson für Österreich gesucht werden soll. Diese Person soll an der Tagung dann teilnehmen bzw. eingeladen werden.

Im Herbst 2019 wird nach der Europawahl im Mai 2019 dann ein Forum zu unsren angeregten Themen in Brüssel angepeilt werden, da die übermittelten Themen großes Interesse fanden. Hoffentlich werden die Versprechen auch wahr, so dass ich u.a. als Zeitwächter am Thema dran bleiben werde (muss).

Wolfgang Hill

2019-03-04